Textilerstreik im Vogtland

Anwachsen der Streikwelle im ganzen Reich. Organisiert überall die Solidaritätsaktion mit den kämpfenden Arbeitern

Im Betrieb Rothbach & Kracke in Oelsnitz i. V. wurde der Lohn für Akkordarbeiter um 15 Prozent und der Lohn für Zeitlohnarbeiter um 20 Prozent gekürzt. In einer am Freitag stattgefundenen Betriebsversammlung beschloß die Belegschaft gegen zwei Stimmen, den Streik gegen den Lohnabbau durchzuführen. Die Arbeiter verließen nach dem Streikbeschluß den Betrieb und wählten eine Streikleitung. In einem Aufruf wendet sich die streikende Belegschaft von Rothbach & Kracke an die anderen Textilbetriebe von Oelsnitz und fordert sie ebenfalls zum Streik gegen den Notverordnungslohnabbau auf.

Die Nachricht vom Streik der Belegschaft von Rothbach & Kracke hat in der Arbeiterschaft gewaltige Sympathien gefunden.

Im verstärkten Maße werden jetzt auch die Streikrüstungen bei Tetzel, wo ein betrieblicher Lohnabbau von 50 Prozent durchgeführt werden soll, und bei Koch te Cook durchgeführt, um zu erreichen, diese Belegschaften ebenfalls in den Kampf gegen Lohnabbau einzubeziehen.

Solidaritätsaktion für die Chemnitzer Textilarbeiter

Im Streik der Chemnitzer Textilarbeiter, an dem jetzt schon 1200 Arbeiterinnen und Arbeiter beteiligt sind, hat am Sonnabend das praktische Solidaritätswerk der Arbeiterschaft eingesetzt. In neun Küchen der IAH wurden 780 Portionen warmes Mittagessen für die Streikenden und ihre Angehörigen verabfolgt. Die Sammelkampagne hat verstärkt eingesetzt und neben Lebensmitteln fließt auch Bargeld zur Unterstützung zur Verfügung.

Lohnabbau abgewehrt

Durch die Mobilisierungsarbeit der RGO in Crimmitschau und durch die entschlossene Haltung der Belegschaft hat sich die Firma Kammgarnspinnerei Lindner genötigt gesehen, durch Anschlag den Verzicht auf die angekündigte Lohnreduzierung bekanntzugeben.

Bei der Firma Wolf in Kirchberg und Saupersdorf wurde der Unternehmer zum Rückzug gezwungen. Er führte zwar die 60-Stunden-Woche ein, Lohnabbau auf Grund der Notverordnung aber nahm er nach einem einstimmigen Streikbeschluß der Belegschaft zurück.

Leipziger Buchbinder streiken

In der Großbuchbinderei Giehl, Eilenburger Straße, führte die 150 Mann starke Belegschaft den einstimmig gefaßten Streikbeschluß durch. Der Unternehmer war dazu übergegangen, für die 31. bis 48. Wochenarbeitsstunde den von Papen diktierten 30prozentigen Lohnabzug durchzuführen. Als bei der Auszahlung des Lohnes die Ankündigung des Unternehmers in die Tat umgesetzt wurde, trat die Gesamtbelegschaft restlos in den Streik. Hervorzuheben ist, daß bei der Firma Giehl kein Streikbrecher arbeitet und in diesem Betrieb weit über 100 Frauen beschäftigt sind.

In der stattgefundenen Belegschaftsversammlung wurde ein Kampfausschuß gewählt, der sich aus SPD-, KPD-Genossen sowie zwei erwerbslosen Genossen zusammensetzt.

Hamburger Verkehrsstreik geht weiter

Hamburg, 3. Okt. (Eig. Drahtb.)

Der Verkehrsstreik wird geschlossen durchgeführt. Der Verkehr ist völlig lahmgelegt. Die ganze Stadt steht unter dem Eindruck des Streiks. Der Hamburger Senat, die Finanzdeputation, die Aufsichtsbehörde der Hochbahn ist, hat Maßnahmen zum Einsatz der Technischen Nothilfe auf der Hamburger Walddörfer Bahn getroffen. Der Senat setzt sich zur Hälfte aus Sozialdemokraten zusammen. In Zusammenarbeit mit dem Senat hat die Gewerkschaftsbürokratie sich bereiterklärt, die Aufnahme der Arbeit auf der Walddörfer Bahn durchzusetzen und hat einen diesbezüglichen Aufruf erlassen. Diese Stellungnahme der Gewerkschaftsbürokratie ist für die Streikenden ein Schlag ins Gesicht!

3500 Seeleute im Kampf

Hamburg, 3. Okt. (Eig. Drahtb.)

Der Streik in der Hochseefischerei hat voll eingesetzt. Die Besatzungen sämtlicher Fischdampfer der Nord- und Ostsee, etwa 3500 Seeleute, haben die Arbeit niedergelegt. Die Reeder hatten versucht, einen Lohnabbau durchzuführen. Die RGO rief die Seeleute daraufhin zum Streik. Dem Ruf wurde restlos Folge geleistet. Der Streik steht unter der Führung der RGO.

Zusammenstöße mit Streikbrechern

Berlin, 3. Okt. (Eig. Drahtb.)

Der Streik der Möbeltransportarbeiter nimmt seinen Fortgang. Da einige Möbeltransportfirmen versuchten, Umzüge mittels Streikbrecher durchzuführen, kam es am Sonnabend zu Zusammenstößen an mehreren Stellen Berlins. Die Polizei griff in der Oranienburger Straße mit dem Gummiknüppel ein und schützte die Streikbrecher.

Sieg der Weißenfelser Schuharbeiter

Gewerkschaftsbürokraten verschachern den Streiksieg

Weißenfels, 3. Okt. (Eig. Drahtb.)

Auf Grund des geschlossenen und wuchtigen Streiks der Schuharbeiter in Weißenfels, haben die Arbeitgeber den Lohnabbau zunächst rückgängig machen müssen und erklärt, daß die Arbeit unter den alten Bedingungen und ohne Maßregelungen aufgenommen werden kann.

Bei den Verhandlungen die zwischen den Arbeitgebervertretern und der Gewerkschaftsbürokratie stattgefunden haben, hat die Verbandsbürokratie jedoch Vereinbarungen zugestimmt, in denen es u. a. heißt, daß die Zurücknahme des Lohnabbaues „unter Aufrechterhaltung der beiderseitigen Rechtsauffassungen" erfolgte. Damit unterstützt die Verbandsbürokratie den Plan der Unternehmer, einen Beschluß des Arbeitsgerichtes in Halle herbeizuführen, wonach der Lohnabbau gültig und Streiks verboten sind.

So fällt die verräterische Bürokratie den Arbeitern selbst dann noch in den Rücken, wenn ihr Kampf die Unternehmer auf die Knie zwingt. Bei den Klassengerichten der Bourgeoisie sollen dann die Interessen der Proleten endgültig verschachert werden und die Gewerkschaftsspitzen leisten dabei aktivste Hilfe. Die Weißenfelser Schuharbeiter werden diese Absichten der Lohnräuber durchkreuzen müssen und die restlose Erfüllung ihrer Forderungen erzwingen.

Gewerkschaftsbürokratie verrät Streik der Berliner Buchdruck-Hilfsarbeiter

Berlin, 3. Oktober (Eig. Drahtbericht)

Bei Scherl gelang es den vereinten Anstrengungen der SPD-Betriebsratsoppositionen und der Ortsverwaltung der graphischen Hilfsarbeiter in Einheitsfront mit den Nazis, den Streik abzubrechen, ohne daß die Firma konkrete Zugeständnisse gemacht hat.

Man veranlaßte die Streikenden und Ausgesperrten zur sofortigen Wiederaufnahme der Arbeit. Es erfolgt keine Stellung der Streikfrage für die Hilfsarbeiter. Der durch die Aussperrung der übrigen Hilfsarbeiter verursachte Lohnausfall soll ausgeklagt werden. Jeder der Streikenden und Ausgesperrten kann seinen Arbeitsplatz wieder aufnehmen. Die Prüfung der Lohnfrage wird weiteren Verhandlungen überlassen. Die Firma lehnt eine generelle Entlassung der Streikbrecher ab.

Streik in Frankfurter Zeitungsbetrieb

Frankfurt a. M., 3. Oktober (Eig. Drahtbericht)

Seit Sonnabendnachmittag haben die graphischen Hilfsarbeiter im Betrieb „Frankfurter Zeitung" im Streik gegen Lohnabbau. Die Streikabstimmung ergab, daß von 130 Arbeitern 106 für den Streik, einer dagegen, die übrigen Stimmen ungültig, bzw. Enthaltungen waren.

Der Betriebsrat Schnell, der die Streikabstimmung leitete und durchführte, wurde fristlos entlassen. Das löste ungeheure Erregung in der Belegschaft aus. In der ersten Streikversammlung, die auf Initiative der RGO einberufen wurde, wurde eine Kampfleitung gewählt und Kampfforderungen aufgestellt. In der Streikversammlung ließ sich die reformistische Bürokratie nicht sehen und verhielt sich „neutral". Der Verrat der Bürokratie wird von den Streikenden erbittert besprochen. Die „Frankfurter Zeitung" erscheint in beschränktem Umfang.

Ein neuer Geheimbefehl des Nazistabschefs Röhm

SA-Heime werden von SS besetzt

Die Nazipolizei gegen meuternde SA in Funktion gesetzt. Geheimbefehl bestätigt Zersetzung im Nazilager

Wir haben am Sonnabend aus einem Geheimbefehl des 175er Hauptmanns Röhm veröffentlicht, der als Stabschef Hitlers über die SA Anweisungen an seine „rauhen Kämpfer" gibt, Streikbrecherdienste bei den Unternehmern zu leisten. Inzwischen hat dieser Röhm einen zweiten Geheimbefehl herausgegeben, der sich diesmal mit den inneren Verhältnissen in der SA beschäftigt und die immer stärker um sich greifende Zersetzung im Nazilager bestätigt. In diesem Befehl heißt es:

„Da in den Gaubezirken Deutschlands im Augenblick eine Zersetzungsarbeit seitens der Kommunisten betrieben wird, erlasse ich hiermit den Befehl an alle Parteiangehörigen der NSDAP, daß die SA- oder SS-Heime, in denen sich kommunistische Provokateure befinden, sofort dem Sturmbannführer zu melden sind, der sie sodann dem Standartenführer weiterzugeben hat. Auch sei darauf hingewiesen, daß mit Wirkung vom 1. Oktober

die SA-Heime von SS-Leuten zu besetzen sind und dem Nachrichtendienst zu jeder Zeit zur Verfügung stehen.

Parteigenossen, die in kommunistischen Gegenden wohnen, haben sich, wenn Gefahr besteht, von der Schutzstaffel nach Hause bringen zu lassen, falls möglich, werden diese Kameraden auch in Heimen untergebracht. (Sie sind zur Wache einzuteilen.) Jeder SA-Mann, der über die Glaubwürdigkeit seiner Führung zweifelt oder dieselbe denunziert, wird restlos aus der Partei ausgeschlossen. Beim Austritt bleibt die Uniform Eigentum der Ortsgruppe, insofern sie nicht ganz bezahlt ist."

Die SA wird also unter die Fuchtel der SS genommen, die als ausgesiebte Polizei der Partei des Hakenkreuzes die meuternden SA-Leute mit dem Totschläger zur Raison bringen muß oder auch gelegentlich die Pistole gegen eigene Pg.s ziehen muß. Was bisher in den einzelnen Teilen des Reiches durchgeführt wurde, ist ab Monatsanfang auf das ganze Reich ausgedehnt worden. Aber die Bevormundung der rebellierenden SA-Proleten durch die SS-Leute wird die steigende Zersetzung nicht aufhalten können, denn die SA-Proleten begreifen jetzt, daß Hitler die Politik der Bourgeoisie durchführt und sie gehen den Weg zur roten Klassenfront. Diesen Weg kann ihnen die private Prätorianergarde Hitlers nicht mehr verbauen!

„Rote Fahne" wieder verboten

Berlin, 3. Oktober (Eig. Drahtbericht)

„Die Rote Fahne", die am Sonnabend nach dreiwöchigem Verbot zum ersten Male erschien, ist gleich am ersten Tag erneut auf zwei Wochen, bis 15. Oktober, verboten. Das Verbot wurde vom Berliner Polizeipräsidenten Melcher, gegen den bekanntlich im Preußischen Landtag vor mehreren Tagen ein Absetzungsbeschluß gefaßt wurde, erlassen. Im Verbot wird gesagt: „Die Veröffentlichung der Gründe ist verboten und würde ein erneutes Verbot zur Folge haben."

Diese ungeheuerliche Maßnahme zur Knebelung des Zentralorgans der KPD muß von der Arbeiterschaft in ganz Deutschland mit einem Proteststurm beantwortet werden. Nun erst recht heißt es die Werbung für die kommunistische Presse zu forcieren!

Beschluß der Parteiarbeiterkonferenz

zum Angebot der SPD auf Listenverbindung zu den Kommunalwahlen

Die Bezirksparteiarbeiterkonferenz hat Kenntnis genommen von dem Angebot des Landesarbeitsausschusses der sächsischen Sozialdemokratie auf Listenverbindung bei den bevorstehenden Kommunalwahlen. Gleichzeitig hat die Parteiarbeiterkonferenz Kenntnis genommen von der durch das Sekretariat der BL in der Rede des Gen. Selbmann am 28. September, auf dieses Angebot der SPD erteilten Antwort. Die Parteiarbeiterkonferenz billigt die Stellungnahme des Sekretariats der BL und

begrüßt vor allen Dingen, daß das Sekretariat der BL gegenüber dem betrügerischen Manöver der Sozialdemokratie die Fragen einer proletarischen Klassenpolitik in den Gemeindeparlamenten aufgerollt und gestellt hat

Indem die Parteiarbeiterkonferenz die bisherige Stellungnahme des Sekretariats der BL in der Frage der Listenverbindung bei den Kommunalwahlen billigt, erteilt die Parteiarbeiterkonferenz gleichzeitig dem Sekretariat der BL Vollmacht, zur weiteren Entscheidung der notwendigen Schritte in der Linie der Stellung der KPD zur Listenverbindung, wie es in den Beschlüssen des 10. Plenums der Komintern festgelegt ist.

Beschluß zur Listenaufstellung

zu den bevorstehenden Reichstagswahlen

Die Bezirksparteiarbeiterkonferenz beauftragt die Bezirksleitung, zu den bevorstehenden Reichstagswahlen die Listen in der Zusammensetzung der zu den Reichstagswahlen am 31. Juli eingereichten Listen erneut aufzustellen. Für den Fall, daß sich einzelne Korrekturen an den Listen aus bestimmten Gründen noch als notwendig erweisen sollten, erhält die Bezirksleitung Vollmacht, diese eventuell notwendig werdenden Korrekturen gemeinsam mit dem ZK der Partei vorzunehmen.

Entschließung

der Parteiarbeiterkonferenz zur Textilarbeiterbewegung

Die Bezirksparteiarbeiterkonferenz gibt dem Bericht der Bezirksleitung über die Mobilisierungskampagne zum Kampf der Textilarbeiter in der sächsischen Textilindustrie ihre Zustimmung. Insbesondere stimmt die Bezirksparteiarbeiterkonferenz der Einschätzung der Bewegung, wie sie im Bericht der BL gegeben ist, zu. Der Abschluß der Tarifbewegung durch eine freie Vereinbarung vor der Schlichterkammer, die eine Verlängerung des Tarifvertrages ohne generellen Lohnabbau vorsieht, stellt einen Erfolg der Mobilisierungsarbeit der Partei und RGO dar, da durch diese Mobilisierungsarbeit die von den Unternehmern beabsichtigte Schaffung einer niedrigeren Lohnbasis für die betrieblichen Lohnabbauverstöße verhindert wurde. Der Verrat der DTV-Bürokratie an den Textilarbeitern beim Abschluß der Bewegung kommt darin zum Ausdruck, daß die DTV-Bürokratie einer Vereinbarung mit den Unternehmern zustimmte, durch welche die Berechtigung der Unternehmer für betrieblichen und branchenweisen Lohnabbau anerkannt wurde. Soweit durch die Veröffentlichung in der Tagespresse eine Analyse des Abschlusses der Tarifbewegung eine nicht einheitliche und zu Unklarheiten Anlaß gebende Einschätzung des Abschlusses der Tarifbewegung erfolgte, anerkennt die Bezirksparteiarbeiterkonferenz die vom Sekretariat der BL abgegebene und im Bericht über die Textilarbeiterbewegung enthaltene Erklärung.

Die Textilarbeiterbewegung hat mit den Verhandlungen vor der Schlichterkammer nicht ihren Abschluß gefunden. Die Auswertung der Kampfmobilisierung der Textilarbeiter muß sich zeigen in der Durchführung der Abwehrkämpfe gegen die betrieblichen Lohnabbauversuche, die jetzt gegen die Textilarbeiter auf Grund der Papennotverordnung vorgenommen werden.

Die Bezirksparteiarbeiterkonferenz appelliert daher an alle Kommunisten und revolutionären Gewerkschafter, in allen Textilbetrieben die Mobilisierung zum Kampf gegen betrieblichen Lohnabbau zu verstärken und gegen jede betriebliche Lohnabbaumaßnahme den Kampf zu organisieren!

Hindenburg-Geburtstagsfeier

Die SPD ist mit von der Partie!

Am gestrigen 2. Oktober hat die deutsche Bourgeoisie Hindenburgs Geburtstag gefeiert. Militärgottesdienste, großer Zapfenstreich, und was sonst noch alles an nationalistischem Remmidemmi inszeniert werden konnte, standen im Dienste dieses „großen Tages" für das Hindenburgsystem.

Die bürgerliche Presse triefte gestern und heute von Lobhudeleien auf „den Vater des Volkes". Kurzum — es war wie bei den dereinstigen Kaiser-Geburtstags-Feiern.

Zu dem Trio der Gratulanten, zu denen Papen, Schleicher, aber auch Göring von den Nazis gehören, hat sich auch die Sozialdemokratie gesellt, die dem „85-Jährigen" in ihrer Presse spaltenlange Artikel widmet, die nur so triefen vom Lob auf Hindenburgs „Verfassungswilligkeit, preußische Pflichttreue" und was es nicht sonst noch alles an Lobsprüchen auf diesen Unterzeichner aller Notverordnungen in der SPD-Presse zu lesen gibt.

Die „Dresdner Volkszeitung" vergießt zwar Krokodilstränen „über den Riß, der zwischen ihm und einem beträchtlichen Teil seiner Wähler vom 13. März" entstanden ist. Sie bemüht sich aber redlichst, diesen Riß zu flicken und bringt es fertig, den sozialdemokratischen Arbeitern zu sagen: „Trotz alledem hat sich in den letzten Monaten gezeigt, daß Hindenburg seinen Eid auf die Verfassung ernster nimmt, als manchem der verehrungsvollen Paladine eines um den Präsidentenstuhl sich sein dürfte."

Das sagt die SPD-Presse über denselben Mann, durch dessen Unterschrift erst vor ganz kurzer Zeit der Reichstag aufgelöst wurde und der der Unterzeichner der in ihrer Zahl kaum noch zu übersehenden Notverordnungen ist.

Aus den von uns zitierten Zeilen der Dresdner Volkszeitung spricht jener Hindenburg-„Sozialismus", der ein Teil des Hindenburgsystems ist und der die SPD in der Hindenburgfront zeigt.

Die sozialdemokratischen Arbeiter jedoch gehören nicht in diese Front! Sie gehören in die Front unserer Klasse, des Proletariats. Mag die Parole für den SPD-Parteivorstand lauten: „Für Reichspräsident Generalfeldmarschall von Hindenburg".

Für euch, sozialdemokratische Kollegen, lautet die Parole: Einheitsfront mit den Kommunisten! Einheitsfrontaktion aller Arbeiter gegen Hunger und Faschismus, für Brot, Arbeit, Freiheit, für den Sozialismus!